

sich daher Donnerstag früh mit Sektionschef v. Enderes nach Weimar und führte dort die Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten Ebert, dem Ministerpräsidenten Scheidemann und dem Reichsminister Erzberger fort. Sowohl der Reichspräsident als auch die Reichsminister anerkannten die schwierige Lage Deutschösterreichs hinsichtlich der

Kohlenversorgung und stellten eine verstärkte Belieferung mit deutscher Kohle in Aussicht. Staatssekretär Zerbil ist noch im Laufe der Nacht nach Berlin zurückgekehrt und wird die Verhandlungen mit dem Reichskohlenratsmitglied weiterführen. Die Rückkehr der Delegation nach Wien dürfte voraussichtlich erst Montag früh erfolgen.

Loewenfeld-Ruß sowie Sektionschef Doktor Grimm vom Staatsamte der Finanzen und Ministerialrat Besta vom Staatsamte für Verkehrsweisen. Von Seiten der Eisenbahner waren von jeder Bahnunternehmung je vier Delegierte erschienen.

Staatskanzler Dr. Renner leitete die Verhandlungen ein. Er schilderte die Gefahren, die der Streik in erster Linie für die Ernährung der Bevölkerung im Gefolge habe. Er wisse ganz wohl, daß die Beamten und Bediensteten der Eisenbahnen Forderungen rechtlicher und materieller Natur zu stellen haben, aber er müsse auch hervorheben, daß unser Staatswesen durch den Krieg schwer betroffen wurde und daß schwere wirtschaftliche Katastrophen durch den Krieg unser Land heimgesucht haben. Er setze bei den Bediensteten und den Beamten der Staatsbahnen voraus, daß sie die Lage, in der sich unser junger Staat befindet, zu würdigen wissen werden.

Er schöpfe daraus auch die Hoffnung, daß bei ihnen allen der erste Wille bestehe, zu einem Kompromiß zu gelangen, das geeignet sei, ihre Forderungen zu befriedigen, wodurch auch die anderen Schichten der Bevölkerung den nötigen Schutz finden können. Wir sind Volksbeauftragte und haben die Verpflichtung, das Interesse der Gesamtbevölkerung uns stets vor Augen zu halten. Wir sind von keiner Gewalt von oben eingesetzt, sondern gewählt von der gesamten Volksvertretung. Wir haben daher naturgemäß die Verpflichtung, an die Allgemeinheit zu denken, und unser Bestreben muß es sein, die Wünsche und Forderungen einzelner Schichten mit den Interessen der großen Allgemeinheit im Einklang zu halten. In diesem Geiste möchte er die Verhandlungen zwischen der Staatsverwaltung und den Eisenbahnern einleiten. Nicht zu vergessen sei schließlich, daß zu der inneren Armut unseres Landes auch noch die äußere Bedrängnis komme und daß wir Gefahr laufen, daß wir unsere Handlungsfreiheit verlieren. Er richte daher die Bitte an die Erschienenen, sich diese Momente vor Augen zu halten.

Hierauf besprachen die Delegierten der Eisenbahner die einzelnen Forderungen der Beamten, Arbeiter und Bediensteten, worauf die Vertreter der Staatsämter ihren Standpunkt darlegten. Nach mehrstündiger Beratung kamen sodann Vereinbarungen zwischen der Staatsregierung und dem Vertrauensmännerauschusse der deutschösterreichischen Eisenbahner zustande.

Eine stürmische Versammlung in der Halle des Südbahnhofes.

Nach Beendigung der Verhandlungen im Parlament begaben sich die Vertreter der Streikenden ins Arbeiterheim im 10. Bezirk, wo die Vertrauensmänner der Eisenbahner versammelt waren. Verhandlungsleiter Grill berichtete den Vertrauensmännern über die mit der Regierung geführten Verhandlungen und über die von derselben gemachten Zugeständnisse. Es wurde die Abstimmung vorgenommen, bei der der Bericht des Verhandlungsleiters mit allen gegen drei Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Hierauf verfügten sich Verhandlungsleiter Grill und die übrigen Vertreter der Streikenden zum Südbahnhof, wo in der Halle eine Rieserversammlung tagte. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Ruzicka eröffnet, worauf Verhandlungsleiter Grill über die Besprechungen mit der Regierung und den Beschluß der Vertrauensmänner referierte. Als er punktweise die Zugeständnisse aufzählte, kam es zu sehr erregten Szenen, da viele Versammlungsteilnehmer mit den erreichten Zugeständnissen unzufrieden waren. Der Vorsitzende verwies darauf, daß viele Arbeiter und Arbeiterorganisationen in der Provinz telegraphisch ersucht haben, den Streik einzustellen, damit den Konsumvereinen die nötigen Lebensmittel und andre dringende Bedarfsgegenstände zugeführt werden können. Seinen Worten gelang es, die Ruhe wiederherzustellen, so daß Grill seinen Bericht fortsetzen konnte. Der Redner verwies auf die traurige finanzielle Lage des Staates; die Arbeiter hätten Forderungen in der Höhe von 24 Millionen Kronen gestellt und Zugeständnisse erreicht, die einen

Kostenaufwand 138 Millionen

erfordern werden. Unter dem alten Regime hätte es größter Anstrengungen bedurft, um 20 Millionen für die Eisenbahner zu erlangen. Der Berichtsteller wies weiter auf den Umstand hin, daß in Deutschösterreich nur für drei Tage Lebensmittelvorräte vorhanden seien. Im Falle der Fortdauer des Streiks müßte

Beendigung des Eisenbahnerstreits.

Wiederaufnahme des Verkehrs.

Der Zustand der Eisenbahnbediensteten ist zu Ende und der Verkehr ist auf allen Bahnen wieder aufgenommen worden. Schon nach Mitternacht sind die ersten Züge in Betrieb gesetzt worden und heute werden sowohl die Lebensmittel- als auch die Personenzüge im bisherigen Umfang wieder verkehren.

Nachdem in der Staatskanzlei die Vereinbarungen, die wir tieferstehend veröffentlichten, zustande gekommen waren, haben die Vertrauensmänner das Ergebnis den in den Bahnhöfen versammelten Streikenden mitgeteilt, die dann die Vereinbarungen annahmen und die Wiederaufnahme des Verkehrs beschlossen.

Die Vereinbarungen.

Zwischen der Staatsregierung und dem aus Anlaß der Arbeitseinstellung gewählten Vertrauensmännerauschusse der deutschösterreichischen Eisenbahner wurden am gestrigen Tage in der Staatskanzlei folgende Vereinbarungen abgeschlossen:

1. Die Lebensmittelzuschüsse aus dem Auslande sind derzeit nicht hinreichend, um eine allgemeine Erhöhung der Lebensmittelpreise durchzuführen zu können. Die Regierung ist ununterbrochen bemüht, bei den alliierten Mächten einen wesentlich verstärkten und beschleunigten Zuschuß an Lebensmitteln zu erreichen und nach Möglichkeit durch Einfäufe im Auslande Nahrungsmittel zu beschaffen. Sobald durch die erhöhten Zuschüsse die regelmäßige Versorgung für so lange derart gesichert erscheint, daß bei unvorhergesehenen Zwischenfällen keine Störung der Versorgung zu befürchten ist, wird die Regierung nicht zögern, eine Erhöhung der Rationen durchzuführen. Jedenfalls hofft die Regierung durch fallweise Zuschüsse aus den ausländischen Zuschüssen eine Erleichterung der Lebenshaltung der Angestellten herbeiführen zu können.

2. An jedem Ersten vom 1. April 1919 bis einschließlich 1. August 1919 erhält jeder männliche und weibliche Bedienstete als Beitrag zur Erleichterung der Haushaltsführung während der Uebergangszeit bis zur nächsten Ernte (Uebergangsbeitrag) einen Betrag von hundert Kronen für sich und je zwanzig Kronen für jedes in seiner Versorgung befindliche Familienmitglied im Sinne der für die derzeitigen Steuerzuzuglagen geltenden Normen und der bezüglichen Durchführungsvorschriften. Bei der Unmöglichkeit, bis 1. April 1919 den zu entfallenden Betrag genau feststellen zu können, wird an diesem Tage jedem Bediensteten ein Pauschalbeitrag von hundertfünfzig Kronen angewiesen und die genaue Berechnung im Laufe des Monats April durchgeführt werden. Die bisherigen Steuerzuzuglagen und Anschaffungsbeiträge bleiben unverändert aufrecht. Auf den Uebergangsbeitrag haben auch die am Krankenstand oder auf Urlaub befindlichen oder kontumazierten Bediensteten ungeschmälerter Anspruch. Die Pensionisten des ehemaligen österreichischen Staates unterliegen der Liquidierungsmaßnahme, und die deutschösterreichische Renteurung behält sich vor, bei der Gesamtkonferenz für ihre bessere Versorgung einzutreten. Bezüglich der Pensionierung der deutschösterreichischen Bediensteten seit 1. Jänner 1919 steht eine Gesetzesvorlage unmittelbar bevor.

3. Das Staatsamt für Verkehrsweisen wird für jene gegenwärtig noch im Dienste stehenden deutschösterreichischen Bediensteten, welche in die seit 1. August 1914 erlassenen Amnestieerlässe nicht einbezogen waren, eine neuerliche Amnestie erlassen. Weiter sichert das Staatsamt für Verkehrsweisen allen in der Zeit vom 1. August 1914 strafweise entlassenen Bediensteten, welche

um ihre Rehabilitierung ausdrücklich persönlich ansuchen, auf Antrag der Personalvertretung die Wiederaufnahme zu.

4. Die Regierung wird, falls die Zustimmung des organisierten Personals erfolgt, ohne Verzug einen Gesetzesentwurf unterbreiten und auf dessen raschste Annahme hinwirken, der zur Wahrung der Interessen des Personals und zu dessen geordneter Mitwirkung an der Verwaltung in allen das Personal berührenden Angelegenheiten eine allgemeine Personalvertretung auf Grund des Verhältniswahlrechtes zunächst für die deutschösterreichischen Staatsbahnen vorsieht. Die Ausdehnung dieses Gesetzes auf die Privatbahnen erfolgt auf Zustimmung des Personals derselben.

Sofort nach dem Zustandekommen dieses Gesetzes sind die Wahlen für die Personalvertretung durchzuführen. Nachdem diese Personalvertretung in Kraft getreten ist, wird das Staatsamt für Verkehrsweisen ihr die Vorlage betreffend die Besoldungsreform vorlegen und sich bemühen, sie bis zum 31. August parlamentarisch durchzusetzen.

Bis dahin ist vorzusehen, daß das Personal der Privatbahnen mit beratender Stimme an den Verhandlungen der Personalvertretung teilzunehmen in der Lage ist.

5. Das Staatsamt für Verkehrsweisen verpflichtet sich, auf die Privatbahnverwaltungen mit dem ihm zustehenden Einflusse dahin zu wirken, daß die den Staatseisenbahnbediensteten zugemachten Zugeständnisse auch auf die Bediensteten der betreffenden Privatbahnen Anwendung finden.

6. Die Neuorganisation der Staatsbahnen wird eine entsprechende Stellung der Generalinspektion im Verwaltungsorganismus der Eisenbahnen vorsehen und der Organisationsentwurf wird vor seinem Inkrafttreten der Personalvertretung vorgelegt werden. Die sogenannte aktive Kontrolle wird im Einkommen mit den Vertrauensmännern der Bediensteten sofort einer entsprechenden Revision, beziehungsweise der Aufhebung unterzogen werden.

7. Die Regierung wird den die heimische Aufbringung schädigenden Schleichhandel nach Kräften unter Heranziehung der Arbeiter- und Soldatenräte zu unterbinden bestrebt sein. Hierbei soll in erster Linie der sich im Schleichhandel vollziehende Einkauf und Verkauf von Lebensmitteln im großen auf dem Lande unterdrückt werden.

8. Aus Anlaß der derzeitigen Arbeitseinstellungen darf kein Bediensteter zur Verantwortung gezogen oder ihm Lohnabzüge gemacht werden.

Diese Vereinbarungen wurden vom Kabinette genehmigt.

Staatskanzler Dr. Renner appellierte an die Versammelten, nunmehr wieder die Arbeit aufzunehmen. Der Staat konnte gegenwärtig nicht mehr für die Eisenbahnbediensteten tun, so sehr er es bedauere. Wenn einmal wieder geordnete Verhältnisse herrschen werden, so werde sicherlich die Staatsregierung alles aufwenden, ihren Angestellten eine bessere materielle Position zu schaffen. Jetzt handle es sich für alle Staatsbediensteten darum, durchzuhalten für Frieden und Freiheit, so wie sie während des Krieges durchhalten mußten im Dienste des Menschennordes.

Die Vertrauensmänner begaben sich sodann zu ihren Organisationen und teilten ihnen die mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen mit.

Die Verhandlungen im Parlament.

Die deutschösterreichische Staatskorrespondenz teilt mit: Gestern vormittag wurden im Parlament unter Vorsitz des Abg. Tomjasil die Verhandlungen mit den ausländischen Eisenbahnbediensteten aufgenommen. Von Seiten der Regierung nahmen teil: Staatskanzler Dr. Renner, die Staatssekretäre Dr. Schumpeter, Paul und Dr. von